

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Bresden 1539  
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 32.

Sonnabend, 7. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten für den Fall des Einzetzens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisveränderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und in Voraus zu bezahlen: eine Spalte für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 14-tägige Fahrtzeit, wenn der Betrag verfallt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterzahlungsbeiträge werden nicht angenommen. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegeranstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Diplomatische Vorverhandlungen.

BPD. Berlin, 7. Februar. In den Berliner außenpolitischen Kreisen verfolgt man mit gespanntester Aufmerksamkeit den Verlauf der gegenwärtig zwischen London und Paris im Gange befindlichen diplomatischen Verhandlungen. Der Besuch des englischen Botschafters Lord Curzon bei dem französischen Ministerpräsidenten Herrriot wird hier als Beweis dafür angesehen, daß die englische Regierung jetzt einen Initiativschritt unternommen hat, um den Gang der Diskussion über die Räumungsfrage zu beschleunigen. Auf diese Tatsache deutet auch der Umstand hin, daß der englische Botschafter vor der Presse offizielle Erklärungen abgegeben hat. Allerdings ist man in Berlin eher geneigt, die Situation nicht allzu optimistisch zu beurteilen, da die in den letzten Tagen im Auswärtigen Amt eingetroffenen Mitteilungen der deutschen Botschaft in London sehr zurückhaltend abgefaßt sind. Einigermassen sicher ist nur soviel, daß die alliierten Regierungen zur Zeit im Begriff stehen, die Bedingungen zu formulieren, von deren Erfüllung sie die Räumung der nördlichen Rheinlande abhängig machen. Die Ansichten auf direkte Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Mächten sind zwar wesentlich gebessert, aber es kann nicht damit gerechnet werden, daß diese Verhandlungen vor der endgültigen Mitteilung der Botschafterkonferenz an die deutsche Regierung eröffnet werden. Einigermassen bemerkenswert ist auch der Umstand, daß der vor einigen Tagen in Aussicht gestellte Empfang des deutschen Botschafters bei Herrriot immer noch nicht festzulegen ist. Man wird sich daher demnächst wieder einmal mit der Tatsache abfinden müssen, daß die alliierten Regierungen unter sich bereits zu neuen Vereinbarungen gelangt sind, ohne daß Deutschland ernsthaft wurde, auf den Gang der Dinge direkten Einfluß auszuüben.

Der Sonderkorrespondent des Organs Dr. Stresemann, der völkerechtlichen Welt, ist in der Lage, sehr interessante Mitteilungen über die Haltung der englischen Regierung zu machen. Danach ist man in London der Meinung, daß es notwendig sein wird, mit der deutschen Regierung über einen Teil der an Deutschland zu stellenden Forderungen in der Entwaffnungsfrage Verhandlungen einzuleiten. Man hofft, daß große Teile der alliierten Wünsche bei der deutschen Regierung auf Verständnis hoffen werden, denn die neue Reichsregierung sei offensichtlich gewillt, verständigen Forderungen der Alliierten entgegen zu kommen. In England erwartet man, daß die Räumung der Rheinlande nicht durch besonders strapazierende Forderungen der Alliierten aufgehalten wird. Man darf annehmen, daß der Korrespondent wirklich die Meinung der englischen Regierung wiederzugeben. Im übrigen ist es richtig, daß das Reichskabinett auf jeden Fall geneigt ist, die Schwierigkeiten in der Entwaffnungsfrage zu beilegen, wenn die Geneseite dabei auf die besondere Lage Deutschlands Rücksicht nimmt und — nicht demütigende Forderungen aufstellt. Man braucht nur daran zu erinnern, daß Reichskanzler Dr. Luther in seinen Erklärungen gegenüber der Auslandspresse ausdrücklich betont hat, Deutschland erwarte einen genauen Nachweis der ihm zur Last gelegten angeblichen Verfehlungen und sei bereit, tatsächlich nachgewiesene Unstimmigkeiten zu beilegen.

Man kann schon jetzt einigermassen voraussehen, auf welcher Linie sich die Verhandlungsmöglichkeiten bewegen werden. Immerhin wird die Reichsregierung bis zur endgültigen Ueberreichung der Mitteilung der Botschafterkonferenz gezwungen sein, in ihrer abwartenden Haltung zu verharren, da sie gesetzt hat, daß die alliierten Regierungen unter sich nicht zu einer Uebereinstimmung über den zu schaffenden modus vivendi in der Räumungs- und Sicherheitsfrage gelangt sind.

## Der Finanzausgleich mit den Ländern.

Berlin, 7. Februar. Wie bekannt, hält die Reichsregierung daran fest, daß der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern bis spätestens zum 31. März durchgeführt sein muß. Anfang der kommenden Woche beginnen die Kommissionsberatungen, die wahrscheinlich zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen werden. Anfang März sollen die Finanzminister der Länder nochmals zu einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister zusammenkommen, auf der das Ergebnis der Kommissionsberatung geprüft und eine endgültige Einigung hergestellt werden soll.

Wie schon gemeldet wurde, wird das Reichskabinett noch besonders Veranlassung nehmen, zu der Forderung der Länder auf Rückgabe der Finanzverwaltung Stellung zu nehmen. Der ablehnende Standpunkt der Reichsregierung wird damit begründet werden, daß die Reparationsverpflichtungen des Reiches die Zentralisierung des gesamten Finanzwesens unbedingt erforderlich machen. Eine Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder würde auch dazu führen müssen, daß das Reich seiner elementarsten Unterlagen beraubt würde, denn die Vorbedingung für den Zusammenhalt des Reiches kann nur erfüllt werden, wenn das Reich noch wie vor in der Lage ist, den an es gestellten finanziellen Anforderungen gerecht zu werden. Die Reichsregierung plant daher, wie wir noch erfahren, eine Entscheidung zu veröffentlichen, in der die Ablehnung der Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder ausdrücklich begründet ist.

## Neue Wendung in der preuß. Regierungsfrage.

Berlin, 7. Februar. In der preussischen Regierungsfrage ist durch die vom Zentrum beabsichtigte Auffassung des früheren Reichskanzlers Dr. Marx als Kandidat für die preussische Ministerpräsidentenschaft eine ganz neue Wendung eingetreten. Man hält es in den preussischen parlamentarischen Kreisen für durchaus wahrscheinlich, daß Dr. Marx in diesem Sinne würde, eine parlamentarische Mehrheit zu finden, selbst wenn er für eine liberale Koalition genötigt sein sollte, nur eine kleine Koalition aus Zentrum, Demokraten und Wirtschaftspartei zu bilden. Eine Regierung Marx in Preußen würde, wie wir von jeder unterrichteten Seite erfahren, einen erheblichen Versuch darstellen, zu einer Wiederherstellung der großen Koalition in Preußen bzw. zur Wiederannäherung der Deutschen Volkspartei und des Zentrums zu gelangen. Die bereits von maßgebender Seite im Auge gefasste Kandidatur Dr. Marx für die Reichspräsidentenschaft bleibt, wie wir noch hierzu erfahren, nach wie vor bestehen.

## Darlehensanleihe und Ruhrschnidung.

Berlin. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: In einigen ausländischen Blättern wird die Ansicht verbreitet, daß die im Sachverständigenrat vorgelegene Anleihe von 300 Millionen Goldmark dem Reiche dazu gedient habe, die Ausgaben der Grohndindustrie während des Ruhrkampfes zu decken. Diese Ansicht beweist eine aufschreiende Unkenntnis des Sachverständigenratens und der im Zusammenhang damit stehenden Zahlungen. Bekanntlich dient die 300 Millionen Anleihe nach dem Gutachten der Währungsstabilisierung, 2. der Finanzierung der Deutschland nach dem Gutachten obliegenden Sachleistungen. Der erstgenannte Zweck ist dem Sachverständigenrat entsprechend dadurch erfüllt worden, daß die Devisen, die die Anleihegeber einbringen, der Reichsbank angelehnt worden sind. Die Reichsbank hat den Goldgegenwert in Reichsmark auf ein besonderes Konto der Reichsregierung eingezahlt, aus dem im laufenden Reparationsjahr gemäß dem Gutachten sich ergebenden Verpflichtungen Deutschlands abgedeckt werden. Dieses Konto steht gemäß den Londoner Anleiheverhandlungen unter der Kontrolle des Generalagenten. Es ist also keine Rede davon, daß die deutsche Anleihe von 1924 zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken gedient hat oder dienen könne.

## Die Sozialdemokratie und die Ruhrkredite.

Berlin. Gegenüber der Erklärung der sozialdemokratischen Partei über die Haltung ihrer Minister im Kabinett Stresemann bei den Verhandlungen im Oktober 1923 über die Entschuldigungen an die Ruhrindustrie, erhalten wir von genau unterrichteter Seite eine Darstellung über die Vorgänge, die mit der Erklärung der sozialdemokratischen Minister im Widerspruch steht. Danach hat die Sechserkommission der Ruhrindustrie am 20. Oktober 1923 dem damaligen Reichskanzler Dr. Stresemann einen Brief geschickt und darin um eine Stellungnahme zu dem Vorschlag gebeten, wodurch der Sechserkommission die Möglichkeit gegeben werden sollte, mit dem Reim weiter zu verhandeln.

Das Reichskabinett hat an demselben Tage mittags 12 Uhr unter Anwesenheit sämtlicher Reichsminister und des Preussischen Ministerpräsidenten Braun zu den Vorschlägen der Sechserkommission Stellung genommen. Nach dem Referat des Reichsministers des Auswärtigen wußten die Bergherren des besetzten Gebietes versuchen, durch Sonderverhandlungen mit den Einbruchsmächten die Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen, um die Reparationskosten im Betrage von 16 bis 18 Prozent der Förderung zunächst auf Kosten der Privatindustrie weiter zu liefern. Die Mittel dafür wollte sich die Industrie durch ausländische Kredite beschaffen. Dafür sollte das Reich seine Verpflichtung zur Ersatzleistung anerkennen und sich mit einer Anrechnung der Reichsteuern auf die Vorschüsse der Industrie einverstanden erklären.

Zu diesen Vorschlägen haben sich in der Kabinettsitzung alle Minister geäußert und besonders der damalige Minister für die besetzten Gebiete Robert Schmidt hat sich mit den Vorschlägen einverstanden erklärt. Ebenso stimmten der Minister Solmann und der Preussische Ministerpräsident Braun dem Vorschlag der Bergherren zu.

Am Schluß der Sitzung stellte sodann der Reichskanzler fest, daß Einmütigkeit darüber bestehe, daß er ermächtigt werde, mit den Bergherren auf der Basis ihrer Vorschläge zu verhandeln. Während der Sitzung lief auch der bekannte Brief des Bergarbeiterverbandes ein, worin sich auch dieser Verband mangels eines besseren positiven Vorschlags mit demjenigen der Bergherren einverstanden erklärte. Auf Grund dieses einmütig gefassten Kabinettsbeschlusses hat der Reichskanzler am 21. Oktober dem Vorsitzenden der Sechserkommission, Herrn Hugo Stinnes, schriftlich mitgeteilt, daß die Reichsregierung in den Vorschlägen der Kommission eine Basis zu weiterer Verhandlung sehe und die Verpflichtung zur Ersatzleistung für etwaige von der Industrie übernommene Reparationslieferungen nach der Ordnung der Reichsfinanzen übernehme. Nach weiteren Verhandlungen zwischen der Sechserkommission und dem Reimun berichtete die Sechserkommission am 20. Oktober erneut der Reichsregierung. Es zeigte sich, daß diese Basis tatsächlich die Möglichkeit gab, zu einem Abschluß zu kommen. Ueber diese Berichterstattung hat das Reichskabinett am 1. November 1923 wiederum beraten, und in dieser Sa-

ktionssitzung hat, wie es im „Vorwärts“ richtig heißt, der Minister der besetzten Gebiete demangelt, daß er an einer vorhergegangenen Resorbidiskussion nicht beteiligt gewesen sei.

Daneben ist die Darstellung des „Vorwärts“ über die Haltung der sozialdemokratischen Minister nicht richtig, denn der Reichsminister des Innern Solmann hat lediglich die Stellungnahme der sozialdemokratischen Minister zum Kabinetts als Stimmhaltung zu betrachten. Das Kabinett stimmt dann den weiteren Vorschlägen der Sechserkommission zu, die jedoch lediglich eine Fortsetzung der Einzelheiten auf Grund der grundsätzlichen Stellungnahme des Kabinetts vom 20. Oktober bedeutete, die einmütig erfolgt war.

## Soziale Karriere.

Immer wieder kann man im praktischen Leben beobachten, daß radikale politische und soziale Gesinnung gemildert wird, sobald ihr Träger zu Wohlstand und zu größerem Einkommen gelangt. An sich ist es allerdings das Bestreben sozialer Reformatoren und Umstürzler, ganzen Klassen und Schichten und nicht etwa nur sich selbst emporzuhelfen. Für manche erlischt aber das Interesse an diesem Emanzipationskampf, wenn er selbst nicht mehr das Schicksal seiner früheren Kameraden oder Genossen teilt. Man kann daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß eine allgemeine Hebung der materiellen Wohlfahrt eines Volkes den sozialen Kampf abkühlt. Beobachtungen aus der Praxis scheinen dies Urteil zu bestätigen. Das reiche und immer noch köstlich aufsteigende Amerika kennt keine soziale Bewegung, die mit der in der alten Welt verhalten werden könnte. Unter den europäischen Völkern hat das reiche England die der Form und dem Inhalt nach gemäßigteste soziale Bewegung. In den wirtschaftlich rückständigsten Ländern Europas, in Rußland dagegen haben die Vertreter des sozialen Umsturzes die Macht an sich reißen können.

Selbstverständlich gibt es in der sozialen Bewegung viele, denen es mit ihrem Streben heiliger Ernst ist. Die Lehren für sich selbst jede erhebliche Besserung ihrer Lebenshaltung ab und suchen auch in der Lebensführung im Rahmen der Klasse zu bleiben, für deren Interessen sie kämpfen. Die bilden mit Misstrauen auf die zahlreicheren unsicheren Elemente in ihren Reihen, die im Grunde doch nur auf die Gelegenheit lauern, sich materiell über ihre Klassenangehörigen hinauszuheben und sich dann mit dem Wohlstand der sozialen Ringe zu neutralisieren. Für diese Idealisten der sozialen Bewegung war es eine schwere Enttäuschung, daß bei der Unterzeichnung der Staatsaffäre eine Reihe von Klassenangehörigen als nicht oder minder offene Teilnehmer und Ausbeuter an zum Teil recht zweifelhaften Geschäften entlarvt worden ist. Mit einem Vorwurfsheft tum für die Besserung des Volkes der Glenden vertrat es sich eben nicht, wenn jemand für eine Berlin reichlich an den materiellen Freuden dieses Lebens teilnahm. Für Geistesarbeiter wird immer ein überdurchschnittlicher Gehalt an geistigen Gütern Vorbedingung der Weisheitsfähigkeit sein. Soweit also ein reichhaltiger Lebensfortschritt Voraussetzung für die Entfaltung der vollen Arbeitskraft ist, wird man auch vom Standpunkt der zu fördernden unteren Klassen nichts dagegen einwenden können. Um so gewisser müssen solche Diener einer Bewegung jedoch in der Veranpruchung materiellen Lebensgenusses sein. In manchen Köpfen, die bisher von revolutionären Schlagworten erfüllt waren, beginnt es zu dämmern, daß nicht nur der dem Aufstieg der unteren Klassen zu besserer Lebenshaltung und zu geistigerem Dasein dient, der immer wieder auf neue Maß und Ziel aufsteht. Vielmehr dienen die dem sozialen Fortschritt am besten, die an der Vermeidung der Verbrauchsgüter und an der Beseitigung von Gefahren für eine stetige und ruhige Wirtschaftsführung arbeiten.

In jedem tüchtigen Menschen liegt das Bestreben, beruflich vorwärtszukommen. Bei zahlreichen Menschen, die aus bescheidenen Verhältnissen hervorgegangen sind, war das Streben nach sozialer Karriere der stärkste Antrieb. Nicht jeder begnügt sich damit, unter seinen angebornen Standes- und Klassenangehörigen ein anerkannter Führer zu sein. Hat dann der soziale Aufstieg das Solidaritätsgemühl gegenüber den früheren Genossen zerstört, so ist es immerhin ehelicher und würdiger, das offen einzugehen, als nach außenhin diese Solidarität weiter zur Schau zu tragen, aber im privaten Leben fortgesetzt gegen die Moral der unteren Klasse zu sündigen. — Dies ist eine der zahlreichen Lehren, welche die Berliner Standaffäre uns gibt.

## Ärmisigen im Thüringer Landtag.

W e i m a r. In der gestrigen Sitzung des Thüringer Landtages kam es im Verlauf der Verhandlung des Schulansatzes wieder zu Ärmisigen. Bereits bei den Reden des Staatsministers Dr. Leutbecker und des Abg. Bauer war die Stimmung außerordentlich erregt. Hieran ergreift der Abg. Dinter das Wort, um seine früheren Parteifreunde, die Nationalsozialisten, anzugreifen. Er rief im Verlauf seiner Rede dem Abg. Dennicke (Nat.-Soz.) zu, er solle sich von ihm (Dinter) als gedrückt betrachten. Diese Bemerkung löste großen Lärm aus, und der Vizepräsident Dr. Geyer schloß den Abg. Dinter von der Sitzung aus. Da es dem Vizepräsidenten unmöglich war, die Ruhe wiederherzustellen, wurde gegen 11 1/2 Uhr die Sitzung aufgehoben. Die erregten Auseinandersetzungen der beiden völkischen Abgeordneten Dinter und Dennicke wüsten sich im Vorraum des Landtags noch fort.